



- Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
- Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
- Bündnis AgiEL (AtomkraftgegnerInnen im Emsland)
- Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck, Beverungen
- Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW)
- Elternverein Restrisiko Emsland
- Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG)

Kontakt:

Udo Buchholz, BBU, 02562-23125

Wolfgang Ehmke, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, 0170 510 56 06

16.03.2022

Pressemitteilung

Scharfe Kritik an Pinkwarts AKW-Träumereien

Bürgerinitiativen aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) haben gemeinsam die jüngsten Überlegungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Andreas Pinkwart hinsichtlich längerer AKW-Laufzeiten scharf kritisiert. Pinkwart hatte am Dienstag (15.3.2022) verkündet, dass er eine Laufzeitverlängerung der drei noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke in Baden-Württemberg (AKW Neckarwestheim 2), Bayern (AKW Isar 2) und Niedersachsen (AKW Lingen 2) bis 2029 für möglich hält.

Die Initiativen und Verbände sprechen sich mit Nachdruck gegen jegliche Überlegungen für AKW-Laufzeitverlängerungen aus. Der Betrieb der Atomkraftwerke ist mit Gefahren für die Bevölkerung, nicht nur im Nahbereich der Anlagen, verbunden und bei einer Laufzeitverlängerung würde noch mehr Atommüll anfallen, der die schon vorhandenen Atommüllprobleme noch weiter verschärfen würde.

"Die Diskussion darüber, ob es eine Laufzeitverlängerung für AKW geben sollte, lässt sich nur theoretisch führen und zeugt von wenig Kenntnis der Materie. Mit Strom aus Atomenergie lässt sich keine Heizungstherme betreiben, gerade für Heizung und Industrie wird aber Gas momentan in Deutschland verbraucht. Hinzu kommt dass alle drei restlichen AKW gerade einmal Brennstoff bis zum Jahresende haben, bei einer Laufzeitverlängerung müssten neue Brennelemente erst in Auftrag gegeben werden. Die Mehrproduktion von Strom, das haben sowohl BMWK als auch Umweltministerium bestätigt wäre minimal, die Sicherheitsrisiken aber hoch, so die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen,"

Und BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz betont: „Anstatt die Produktion noch weiteren Atommülls in anderen Bundesländern zu fordern, wäre Minister Pinkwart gut beraten, sich um den bereits vorhandenen Atommüll in NRW, zum Beispiel in Gronau und Ahaus, zu kümmern. Außerdem sollte er sein Bundesland auf den schnellstmöglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien vorbereiten. Unverzüglich ist für die Abschaffung der 1.000m Mindestabstand-Regelung für den Bau neuer Windräder zu sorgen“,

In NRW wird bisher, entgegen vieler Vorgaben der Entsorgungskommission und des Kriterienkatalogs des Bundesamtes für Strahlenschutz, das „Logistikzentrum Konrad“ auf dem Standort des früheren AKW Würgassen (NRW) geplant, zu dem sich die NRW-Landesregierung bis dato nicht geäußert hat. Das Logistikzentrum sollen 90% aller deutschen Atomabfälle durchlaufen.

Beim AKW Neckarwestheim bestehen erhebliche schwerwiegende Sicherheitsdefizite. 300 Risse sind bei den Rohren des Atomkraftwerks Neckarwestheim II entdeckt worden, die örtliche Bürgerinitiative hat zusammen mit der Anti-Atomkraft-Organisation. ausgestrahlt einen Eil-Antrag zur AKW-Stilllegung zur sowie so schon bestehenden Klage eingereicht.

<https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/563/schneckentempo-beim-abschaltbegehren-7949.html>

IPPNW, BBU und die Initiativen weisen zusammenfassend darauf hin, dass die Nutzung der Atomenergie keine Lösung der aktuellen Energie- und Klimaprobleme darstellen kann. Die Nutzung der Atomenergie ist nicht nachhaltig, sie ist teuer, sie ist extrem risikobehaftet und der Atommüll bedeutet ein schweres Erbe für die kommenden Generationen.

Rund um den elften Jahrestag der Atomkatastrophe in Fukushima (Japan, 11.3.2011) fanden auch in der Bundesrepublik in vielen Orten Gedenkveranstaltungen statt. Dabei wurde auch gegen die weitere Nutzung der Atomenergie demonstriert. Und anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages (26. April 1986) werden weitere Protestaktionen stattfinden. Zudem wird für Karfreitag (15. April) in Gronau wieder ein Ostermarsch in Form einer Fahrrad-Demonstration zur Urananreicherungsanlage organisiert. Damit soll erneut gegen die so genannte zivile und gegen die militärische Nutzung der Atomenergie, sowie deren Verknüpfungen, demonstriert werden.

Weitere Informationen ...

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2022/03/09/atomkraft-ist-eine-sackgasse/#more-34079>

<https://atomstadt-lingen.de>, <https://www.atomfreies-dle.de>, <https://bbu-online.de>, <https://www.ippnw.de>, <https://sofa-ms.de>, <https://ostermarsch-gronau.de>